

12

Außenwirtschaftspolitik

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der stärksten Exportländer. Die deutsche Wirtschaft hängt also sehr am Außenhandel. In diesem Kapitel werden Gründe für die Globalisierung dargelegt, gezeigt, wie Außenhandel gemessen wird, wie die Bezahlung erfolgen kann und welche Maßnahmen den Außenhandel steuern können.

12.1 Weltwirtschaft und Globalisierung

Globalisierung ist die sich ausbreitende, weltweite Verknüpfung von Staaten in unterschiedlichen Bereichen, die sowohl auf der Ebene einzelner Individuen, als auch der Ebene von Unternehmen oder Staaten stattfindet. Begünstigt wurde die Globalisierung besonders durch technische Fortschritte im Transportwesen und im Bereich der Kommunikation (Internet).

Aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutet Globalisierung, dass

- ▶ Kommunikationsnetze aufgebaut, ausgebaut und unterhalten werden müssen.
- ▶ Arbeitsteilung auf internationaler Ebene stattfindet. Das verlangt von Arbeitskräften steigende Mobilität, da sich Unternehmen zu Global Playern entwickeln, weil die Unternehmensstandorte nicht nur auf ein Land beschränkt sind. Bedeutende Global Player in der deutschen Wirtschaft sind u. a. VW, Siemens, Deutsche Bank.
- ▶ Einkommensstrukturen sich angleichen. Besonders in arbeitsintensiven Bereichen wandert die Arbeit in Länder mit geringem Einkommensniveau. Das führt mittelfristig zu sich angleichenden Einkommen in wirtschaftlich vernetzten Staaten.

Mit der Welt verflochten



Der **Globalisierungsindex** 2017 zeigt, wie die Länder wirtschaftlich, politisch und sozial mit dem Rest der Welt verbunden sind. Je höher der Wert, desto globalisierter ist das Land.

höchstmöglicher Wert = 100
Stand 2014
Quelle: ETH Zürich
© Globus



1	Niederlande	92,84
2	Irland	92,15
3	Belgien	91,75
4	Österreich	90,05
5	Schweiz	88,79
6	Dänemark	88,37
7	Schweden	87,96
8	Großbritannien	87,26
9	Frankreich	87,19
10	Ungarn	86,55
11	Kanada	86,51
12	Finnland	86,30
13	Portugal	85,04
14	Zypern	85,00
15	Tschechien	84,88
16	Deutschland	84,57
17	Spanien	84,56
18	Slowakei	84,36
19	Luxemburg	84,21
20	Singapur	83,64

Abb. 12.1: Globalisierungsindex

- ▶ Umweltprobleme können nicht mehr auf nationaler Ebene gelöst werden.
- ▶ Regionale oder nationale Identitäten werden oft als gefährdet empfunden.

Außenwirtschaftstheorien

Die **Außenwirtschaftspolitik** befasst sich mit allen Fragen, die mit dem grenzüberschreitenden Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital zusammenhängen.

Die Politik wird auf der Basis verschiedener Außenwirtschaftstheorien betrieben. Insgesamt gibt es hier drei Ansätze:

Güterwirtschaftliche Theorie	Monetäre Theorie	Theorie wirtschaftlicher Integration
befasst sich mit den Ursachen des Außenhandels	befasst sich mit den grenzüberschreitenden Geldströmen und bargeldlosen Zahlungen, Beobachtung des Devisenmarkts	Verknüpfung der güterwirtschaftlichen und monetären Theorie mit Fokus auf die Globalisierung

Tab. 12.1: Außenwirtschaftstheorie

12.2 Güterwirtschaftliche Betrachtung der Außenwirtschaft

Güterwirtschaftlich gibt es unterschiedliche Gründe für den Außenhandel. Wenn Güter im eigenen Land nicht verfügbar sind, aber benötigt oder gewollt sind, kommt es zu Außenhandel. Die **Nichtverfügbarkeiten** können kurzfristig, längerfristig oder dauerhaft sein. Kurz- oder längerfristige Nichtverfügbarkeiten ergeben sich z. B. durch mangelndes Knowhow oder technologischen Rückstand. In der rohstoffarmen Bundesrepublik Deutschland besteht eine große Abhängigkeit von Importprodukten, die im eigenen Land dauerhaft nicht verfügbar sind. Baumwolle, Aluminium, Kobalt und Nickel sind Beispiele für Importprodukte, die zu 100 % eingeführt werden. 100 % des Kaffees, Kakao und der Südfrüchte sowie 97 % des Erdöls werden importiert. Eine weitere Ursache für Außenhandel sind **Qualitätsunterschiede** der Produkte. Solche Qualitätsunterschiede können objektiv vorhanden sein. Es ist aber ebenso möglich, dass Importprodukte lediglich subjektiv als höherwertig eingeschätzt werden. Eine dritte Ursache sind **Preisunterschiede** der Produkte, die sich durch Kostenunterschiede oder Nachfrageunterschiede entstehen. Kostenunterschiede ergeben sich, wenn in einem Land günstiger produziert werden kann als in einem anderen, Nachfrageunterschiede können sich ergeben, wenn ein Produkt im Inland weniger nachgefragt ist als im Ausland. Für den Produzenten lohnt der Export dann. Schließlich können Marktstrategien der Anbieter zu Außenhandel

Importe nach Deutschland (2017) – Auswahl

Autos und Zubehör
115 Mrd. €
Büromaschinen/EDV
113 Mrd. €
Metall/Metallerzeugnisse
88 Mrd. €
Maschinen
81 Mrd. €
Chemische Erzeugnisse
79 Mrd. €
Erdöl/ Erdgas
56 Mrd. €
Pharma-Produkte
54 Mrd. €

Gesamt: 1034 Mrd. €

führen, um den Markt für das Produkt zu erweitern. Anbieter können ihre Produkte auf viele Märkte streuen, um so das Absatzrisiko zu minimieren.

Preisunterschiede durch	mangelnde Verfügbarkeiten	Qualitätsunterschiede	Marktstrategien der Anbieter
Kostenunterschiede Nachfrageunterschiede	kurzfristig längerfristig dauerhaft	subjektiv objektiv	

Tab. 12.2: Ursachen des Internationalen Außenhandels

12.3 Maßnahmen der Außenhandelspolitik

Trotz der Bemühungen seit 1945 ist es nicht gelungen, Handelshemmnisse vollständig zu beseitigen. Nach wie vor erheben Staaten Zölle oder greifen zu anderen Handelshemmnissen. Gerade im Jahr 2018 erlebten die Handelshemmnisse eine Renaissance, kündigte der amerikanische Präsident DONALD TRUMP unter dem Leitspruch „America first“ Strafzölle gegenüber der europäischen Union und China an.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Welthandel neu geordnet. 23 Staaten unterzeichneten das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), ein allgemeines Zoll- und Handelsabkommen. Ziel des Abkommens war ein Abbau diverser Handelshemmnisse wie nicht tarifäre Handelshemmnisse und Zölle. Das Abkommen erleichterte und förderte zugleich den internationalen Handel. GATT wurde im Jahr 1996 durch die WTO (World Trade Organization) abgelöst. Der WTO gehören mittlerweile 216 Staaten an.

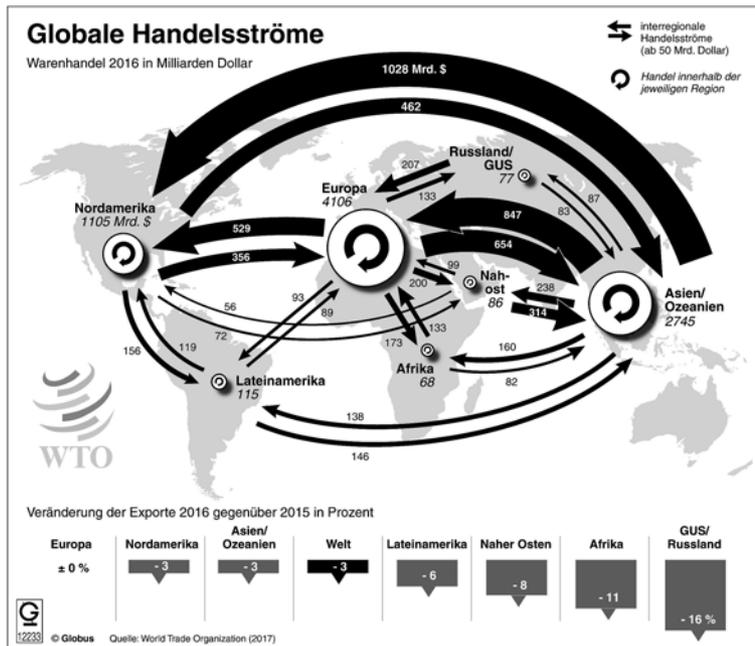


Abb. 12.2: Welthandel

Mögliche Maßnahmen der Außenwirtschaftspolitik

Zollpolitik	Kontingentspolitik	weitere Maßnahmen
Zölle sind Abgaben, die auf grenzüberschreitende Produkte zu entrichten sind.	Kontingente sind mengen- und wertmäßige Beschränkungen der Importe oder Exporte.	
Einwirkung auf die Preise	Einwirkung auf die Mengen	
Importzölle verteuern Waren aus dem Ausland. Ausfuhrzölle verteuern Waren, die ins Ausland gehen. Schutzzölle Zölle, die vor billigen Produkten aus dem Ausland schützen sollen. Finanzzölle verschaffen dem Staat zusätzliche Einnahmen.	Einfuhrkontingente beschränken die Einfuhrmengen, um den Markt vor ausländischen Produkten zu schützen. Embargo verbietet den Handel mit dem Produkt. Ausfuhrkontingente beschränken die Ausfuhrmengen, um die heimische Versorgung zu gewährleisten.	Ausfuhrsubventionen Zuschüsse des Staates an bestimmte Unternehmen, um die Exportpreise zu senken, also den Export zu fördern. Ausfuhrgewährleistungen Z. B. durch Hermes Bürgschaften wird gewährleistet, dass Unternehmen keine Verluste haben, wenn ausländische Geschäftspartner zahlungsunfähig sind. Außenwirtschaftsförderung Unterstützung von Unternehmen durch die Regierung, z. B. Gewährung von Rechtsschutz, Investitionsschutzabkommen Handelsverträge Verträge zur Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht tarifäre Handelshemmnisse z. B. Lebensmittel-, Arzneimittelrecht, Anmeldeformalitäten Dumping Waren werden unter den Herstellungskosten verkauft, z. B. um einen Markteintritt zu ermöglichen. Selbstbeschränkungsabkommen Ein Exporteur erklärt sich bereit, den Export bestimmter Produkte in bestimmte Regionen/ Länder zu begrenzen, um das Importland zu schützen. Kennzeichnungsvorschriften z. B. Made in ... Technische Normung z. B. TÜV, deutsches Reinheitsgebot Umweltauflagen

Tab. 12.3: Außenwirtschaftspolitik

12.4 Monetäre Betrachtung der Außenwirtschaft

Die Erfassung aller grenzüberschreitenden Handelsaktivitäten erfolgt in der Zahlungsbilanz (siehe Kapitel 7).

Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland

Position	2015	2016	2017
I. Leistungsbilanz (Saldo)	+ 271 394	+ 268 811	+ 262 474
1. Warenhandel	+ 261 135	+ 267 999	+ 265 360

Die **Zahlungsbilanz** ist eine Zusammenfassung von **Leistungsbilanz** und **Kapitalbilanz**: Zur Leistungsbilanz zählen: Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz, Bilanz der Primäreinkommen und der Sekundäreinkommen sowie die Vermögensänderungsbilanz. Zur Kapitalbilanz zählen: Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen, übriger Kapitalverkehr und Währungsreserven.

Die größten Exportnationen (2017)

China 2263 Mrd. \$
 USA 1547 Mrd. \$
 Deutschl. 1448 Mrd. \$
 Japan 698 Mrd. \$
 Niederlande 652 Mrd. \$
 Hongkong 550 Mrd. \$
 Frankreich 532 Mrd. \$
 Italien 506 Mrd. \$
 Großbrit. 445 Mrd. \$
 Belgien 430 Mrd. \$
 Kanada 421 Mrd. \$

Position	2015	2016	2017
2. Dienstleistungen	-16918	-19948	-16124
3. Primäreinkommen	+67222	+60639	+67357
4. Sekundäreinkommen	-40044	-39879	-54120
II. Vermögensänderungsbilanz	+534	+3468	+254
III. Kapitalbilanz (Saldo)	+239418	+257693	+279967
IV. Veränderung der Währungsreserven	-2213	+1686	-1269
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	-32511	-14586	+17747

Tab. 12.4: Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland – Quelle: Deutsche Bundesbank

12.5 Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz

Wann immer man von Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz spricht, meint man in Wirklichkeit, dass die Leistungsbilanz nicht ausgeglichen ist. Also spricht man von einem **Zahlungsbilanzüberschuss**, wenn die Volkswirtschaft mehr einnimmt als sie ausgibt; und umgekehrt spricht man von einem **Zahlungsbilanzdefizit**, wenn ein Staat mehr importiert als er exportiert. Aus gutem Grund ist ein volkswirtschaftliches Ziel eine ausgeglichene Leistungsbilanz, da die Ungleichgewichtssituationen Nachteile mit sich bringen.

Zahlungsbilanzüberschüsse können aus unterschiedlichen Gründen entstehen. Hat das Inland gegenüber dem Ausland Kostenvorteile, weil Arbeitskräfte preiswerter sind oder rationellere Produktionsverfahren angewendet werden können, ist zu erwarten, dass die Exporte höher als die Importe sind. Ebenso können Verfügbarkeiten von Waren im Gegensatz zum Ausland (z. B. Rohstoffe), ein höheres Produktionsniveau oder besseres Know-how Exportsteigerungen bewirken und damit ein Ungleichgewicht zwischen Export und Import hervorrufen. Da die Exporte bezahlt werden, entsteht bei Außenhandelsüberschüssen ein Devisenüberschuss. Das kann zu inflationären Tendenzen führen. Steigende Exporte führen zu höherem Beschäftigungsstand. Herrscht bereits Vollbeschäftigung besteht eine Inflationsgefahr. Mittelfristig ist zu erwarten, dass die ausländischen Märkte wegen Zahlungsunfähigkeit der Marktpartner schrumpfen oder wegfallen. Bei freien Wechselkursen erfolgt der Austausch jedoch über einen Ausgleich der Zahlungsbilanz, weil die Inlandswährung aufgewertet würde (→ vgl. Kapitel 12.3)

Zahlungsbilanzdefizite können entstehen wenn ein Land rohstoffarm ist, mangelndes Know-how zu bieten hat oder ein niedriges Produktionsniveau aufweist. Handelsströme werden häufig aber durch politische Unsicherheiten

hervorgerufen. Sind die Importe höher als die Exporte droht der Volkswirtschaft ein Devisenmangel und mittel- oder langfristig die internationale Zahlungsfähigkeit. Beim flexiblen Wechselkursen würde sich der Zahlungsbilanzausgleich jedoch durch Abwertung der Inlandswährung und Aufwertung der Auslandswährung automatisch ergeben. (→ vgl. Kapitel 12.7)

Um Zahlungsbilanzungleichgewichte zu beseitigen, kann man diverse außenhandelspolitische Maßnahmen ergreifen. Bei Überschüssen können Exportkontingente, bei Defiziten Importkontingente beschlossen werden, um den Handelsstrom einzudämmen. Ebenso kann z. B. mit Erhebung bzw. Beseitigung von Zöllen der Handel erschwert oder erleichtert werden.

12.6 Währungspolitisches Instrumentarium

1944 wurde in **Bretton Woods** ein System von relativ festen Wechselkursen mit dem Dollar als Leitwährung etabliert. Dieses brach 1971 zusammen, als die Bindung des Dollars an die Goldreserven in den USA aufgehoben wurde. Man ging 1973 über zu **flexiblen Wechselkursen**. 1945 wurde der **Internationale Währungsfonds (IWF)** gegründet, der folgende Aufgaben wahrnehmen sollte:

- ⦿ Überwachung der Zahlungen im System der freien Wechselkurse,
- ⦿ Unterstützung von Ländern mit Zahlungsbilanzdefiziten durch Vergabe von Sonderziehungsrechten. Dabei bekommen Mitglieder einen Kredit.

Währungspolitik wird immer bezogen auf die Wechselkurse ausländischer Währungen, die mit verschiedenen Mitteln beeinflusst werden sollen:

- ⦿ **Kassa- und Termingeschäfte:** Kassageschäfte werden sofort abgewickelt, Termingeschäfte werden zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt.
- ⦿ **Interventionen:** Dabei kaufen/verkaufen Notenbanken Devisenreserven und verknappen/erhöhen dadurch deren Angebot am Markt, was wiederum zu einem Anstieg/Fall der Devisenkurse führt.
- ⦿ **Devisenzwangswirtschaft:** Hauptmerkmal ist ein Devisenmonopol des Staates (vor allem im früheren Ostblock), bei dem Exporteure ihre Deviseneinnahmen an den Staat verkaufen müssen. Dieser gibt dann nach seinen Vorstellungen Devisen aus.

Ebenfalls 1945 wurde zusätzlich zum IWF die **Weltbank** ins Leben gerufen, bei der man nur Mitglied werden konnte, wenn man auch am IWF beteiligt war. Die Weltbank vergibt ihrerseits Kredite an Entwicklungsländer, um deren Wirtschaftskraft – und damit den internationalen Handel – zu stärken.

12.7 Wechselkurse

Der Wechselkurs ist der Preis für eine ausländische Währung. Wie auch bei anderen Gütern bilden sich die Preise für Devisen am Markt durch Angebot und Nachfrage. In welchem Umfang die Kurse schwanken können, hängt vom Wechselkurssystem ab, in das die Währung eingebunden ist. Prinzipiell unterscheidet man flexible oder auch freie Wechselkurse und starre bzw. relativ starre Wechselkurse.